

Antrag A1

Antragsteller: AK Europa/ CDU Kreisverband

Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:

Europa zusammenhalten – unsere Debatte über die Zukunft der EU

1 Warum EU?

Europa muss zusammenhalten! Das ist nicht nur die Antwort auf die verheerenden, in Europa begonnenen Weltkriege des letzten Jahrhunderts, sondern auch auf die heutige Welt der Globalisierung, erstarkenden Diktaturen und meist kontinentalübergreifenden Krisen. Deutschland ist ein starkes Land, wird aber in Zukunft kaum Riesenreichen wie China auf Augenhöhe begegnen können, im Verbund einer halben Milliarde EU-Europäer jedoch schon.

Die Europäische Union ist also nicht nur irgendein politisches Elitenprojekt, sondern unsere einzige Möglichkeit, Deutschland nicht politisch und wirtschaftlich in der Bedeutungslosigkeit verschwinden zu lassen.

So etwas wie eine Union mehrerer Staaten, die keine gemeinsame Sprache haben und vorher meist Krieg gegeneinander geführt haben, hat es vor der EU noch nicht gegeben, es gibt also auch kein politisches Patentrezept dafür.

Es gibt Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit, aber auch Rückschritte und Krisen. Durch die jüngsten Krisen (europäische Staatsschuldenkrise, mangelnde europäische Solidarität in der Flüchtlingskrise und Einschränkungen des Rechtsstaates in einigen europäischen Ländern) wurde die EU so erschüttert, dass ein großer Reformschritt unausweichlich erscheint. Deutschland und Frankreich wollen dazu kurzfristig einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten.

„Europa hat für seine Bürger nicht nur ein Friedens-, sondern auch ein Sicherheitsversprechen bedeutet, und das müssen wir erneuern“, sagt Angela Merkel, und meint damit im umfassenden Sinn: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenwürde, Sicherheit vor Terrorismus, Schutz der Außengrenzen, Sicherheit für Wohlstand und Arbeitsplätze und die Bewahrung unserer kulturellen Identität und der Schöpfung.¹

2 Die Debatte starten

Doch auch wenn ihre Gegner das häufig behaupten - die europäische Einigung war nie ein „Elitenprojekt“, und darf es auch nicht werden. Daher dürfen wir nicht nur auf Vorschläge von Kanzlerinnen und Präsidenten warten, sondern müssen auch als CDU Essen unsere Vorstellungen zu einer EU der Zukunft formulieren und möglichst breit diskutieren.

¹ Interview in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 3. Juni 2018, S. 2-3

Grundsatz bei dieser Debatte sollte sein, dass weder eine Verteufelung der EU noch unkritisches ‚Jubeleuropäertum‘ zielführend sein kann. Vielmehr sollten wir konstruktiv-kritische Stimmen ernst nehmen, den destruktiven Kritikern gegenüber die europäische Idee verteidigen - und sie mit Herz und Verstand weiter voranbringen.

3 Wie soll die EU der Zukunft also aussehen?

Föderalismus

Im Gegensatz zu anderen Staaten, wie z.B. Frankreich, haben wir in Deutschland Erfahrungen mit einem föderalen System gemacht. Diese Erfahrungen mit dem Föderalismus sind im Großen und Ganzen gut, wir kennen aber auch seine Probleme. Aus dieser Erfahrung heraus sollten wir das Zusammenspiel der vier politischen Ebenen Kommune, Land/Region, Staat und Europa föderal organisieren und in einer gemeinsamen Verfassung festschreiben.

Subsidiarität

Ein grundlegendes Prinzip dieses Föderalismus muss dabei die Subsidiarität sein. Das bedeutet, dass Entscheidungen so nah an den Bürgern gefällt werden sollten, wie sinnvollerweise möglich. Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa: Brüssel oder Berlin können und sollten nicht die Neubaugebiete in Essen festlegen.

Gleichzeitig müssen die Aufgaben, die auf höherer politischer Ebene besser gelöst werden können, auch dort ihre Zuständigkeit haben (wie z.B. eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik, gemeinsame Armee, Geheimdienste und Grenzschutz, Wirtschaftspolitik oder auch Förderung der Entwicklung disruptiver Technologien und große Forschungsprojekte). Dazu gehören vor allem die globalen Themen, wie der leider immer nötiger werdende Kampf für freien Handel, Frieden und Schutz der Umwelt.

Reform des Europäischen Parlaments

In der praktischen Umsetzung bedeutet das auch, dass wir uns in allen Politikfeldern entscheiden müssen, was auf welcher Ebene geregelt werden sollte. Diese Entscheidungen müssen auf jeder Ebene durch eine parlamentarische Vertretung legitimiert sein, auf europäischer Ebene durch das Europäische Parlament.

Um das zu erreichen, muss das Europäische Parlament zuerst eine echte Vertretung der europäischen Wählerinnen und Wähler werden, mit einem einheitlichen Wahlrecht, Wahlkreisen, echten europäischen Wahllisten mit Spitzenkandidaten und nach dem Prinzip, dass jede Wählerstimme gleich viel wert ist. Heute ist das durch verschiedene nationale Bestimmungen zur Europawahl und einer Sitzverteilung, die nicht den Bevölkerungsverhältnissen entspricht, noch anders.

Ist das dann aber gewährleistet, kann das Europäische Parlament die Befugnisse einer echten Volksvertretung auf europäischer Ebene bekommen, also auch die Kommission wählen und anstelle des Europäischen Rates alle politischen Entscheidungen treffen. Dieser Rat, in dem die nationalen Staats- und Regierungschefs sitzen, kann zu einer Länderkammer mit begrenztem Vetorecht (ähnlich dem Bundesrat) und qualifizierter Mehrheitsentscheidung ausgebaut werden.

Transparenz

Das Abstimmungsverhalten auch im Europäischen Rat muss in jedem Fall öffentlich sein, um Transparenz und Klarheit über die Positionierungen der nationalen Politiker dort zu schaffen.

Außerdem muss es jedem EU-Bürger möglich sein, wichtige Entschlüsse oder Vorlagen aus Parlament, Rat und Kommission in seiner Landessprache zu bekommen.

Einhaltung gemeinsamer Regeln

Ein solcher föderaler Aufbau der EU wird es einzelnen Staaten auch schwieriger, im Idealfall sogar unmöglich machen, europäische Regeln zu brechen. Die bisherigen Krisen der EU sind vor allem darauf zurückzuführen, dass nationale Regierungen die bestehenden und gemeinsam beschlossenen europäischen Regeln nicht mehr eingehalten haben, wie die Regeln der Währungsunion, das Dublin-Abkommen oder die Kriterien zur Mitgliedschaft in der EU. Dagegen müssen wirksame Mechanismen entwickelt werden.

Solange aber die Möglichkeit besteht, dass es zu weiteren solcher Regelverletzungen kommen kann, muss daher jeder mögliche Vorteil solcher Regelverletzungen ausgeschlossen werden. Deshalb darf es vor einer grundlegenden Reform der Entscheidungsmechanismen in der EU auch zu keiner wie auch immer gearteten Transferunion kommen.

Solidarität unter Europartnern darf nie in eine Schuldenunion münden, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Darüber hinaus machen Geldtransfers an einzelne Staaten die EU in den Geberländern zwar unbeliebt, in den Nehmerländern aber nicht beliebter. Und langfristig schaden sie den Nehmern sogar eher, als dass sie ihnen nützen, weil sie notwendige Reformen verhindern. Risiko und Haftung müssen weiter zusammengehören. Für Entscheidungen, die auf nationaler Ebene getroffen werden, muss auch die nationale Ebene haften. Das gilt vor allem für die Schulden der Mitgliedstaaten. Die Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab.

Daher lehnen wir außerdem „Rosinenpickerei“ und Sonderrechte für einzelne EU-Mitgliedsstaaten (wie z.B. den ‚Britten-Rabatt‘ oder die Verweigerung bei der Verteilung von Flüchtlingen) ab.

Automatische Mechanismen

Tritt ein Staat der EU bei, muss es einen umfangreichen Regelkatalog einhalten, u.a. zur Einhaltung der Pressefreiheit oder Unabhängigkeit der Justiz. Nach dem Beitritt hat eine Nichteinhaltung dieser Regeln jedoch keine wirksamen Konsequenzen, wie gerade das Beispiel Polen zeigt.

Der Grund dafür ist, dass Konsequenzen eines einstimmigen politischen Beschlusses der Mitgliedstaaten bedürfen.

Um die Standards und Regeln der EU zu erhalten, sollte ihre Einhaltung nicht nur regelmäßig in jedem Mitgliedsstaat überprüft werden, sondern bei Nichteinhaltung auch automatische Sanktionen folgen, wie z.B. Aussetzung der Zahlung von Fördermitteln oder sogar des Stimmrechts im Europäischen Rat.

Europas Zukunft

Auch wenn die britische Jugend eher für Europa gestimmt hat, ist die Europafreundlichkeit

junger Menschen keine Selbstverständlichkeit (u.a. in Polen ist es inzwischen leider anders).

Der europäische Jugendaustausch (z.B. das Erasmus-Programm) bildet ein Fundament für das gemeinsame Europa, und wirkt zudem auch auf Eltern, Verwandte und Freunde. Wenn es also ein europäisches Handlungsfeld gibt, das wohl jeden investierten Cent wert ist, ist das das Zusammenführen der europäischen Jugend. Hier passiert viel, aber es könnte auch noch deutlich mehr werden.

Jeder Europäer sollte in seiner Jugend mindestens einmal an einem solchen Austausch teilgenommen haben.

Die Reform der EU muss nun zügig debattiert, zu einem Ergebnis gebracht und umgesetzt werden, damit die EU die starke und handlungsfähige Einheit bilden kann, die unser Kontinent verdient.

4 Was wollen wir tun?

Starten wir also jetzt die Debatte über die Zukunft unserer EU - und das nicht nur hinter verschlossenen Türen oder in Pressemitteilungen!

Der französische Präsident Macron hat mit seinen „Bürgerkonsultationen“ auf nationaler Ebene einen Vorschlag für die Debatte um die Zukunft der EU gemacht, der sich jedoch noch etwas weiter denken lässt.

Denn: ähnlich der aktuellen und vielversprechenden Ansätze zur Bürgerbeteiligung im Planungsbereich in Essen (Workshops zur Zukunft des Flughafens oder für neue Gewerbegebiete) können wir auch als CDU Essen die Zukunft Europas diskutieren. Vielleicht als Thema für eine Bürgerversammlung des Ortsverbandes, oder auch als lockere Runde einzelner Mitglieder mit ein paar Bekannten und Interessierten. Dabei kann und sollte es auch um die europäischen Themen gehen, die wenig Platz in den Medien finden (z.B. die EU als Wohlstandsprojekt) und natürlich die Stärken und Schwächen der aktuellen EU.

Den Ideen für die Debatte sind sicherlich wenig Grenzen gesetzt – wichtig ist jedoch, dass wir diese neuen Ideen zur Bürgerbeteiligung entwickeln (und nicht nur zur Stadtplanung und Europa).

An aktuellen Aufhängern für die Diskussion wird es sicherlich in nächster Zeit nicht mangeln, vor allem aber nicht in den ersten Monaten des nächsten Jahres, wenn die Europawahl vor der Tür steht. Nutzen wir gemeinsam diese Chance und sprechen mit den Essenerinnen und Essenern über Europa, getreu unserem Selbstverständnis als CDU:

Wir sind die Europapartei!

Antrag B1

Antragsteller: CDU Ortsverband Essen-Kettwig

Anpassung der Legislaturperiode im Bund

Der Kreisparteitag der CDU möge beschließen:

Die CDU-Essen unterstützt die Bestrebungen, die Legislaturperiode auf Bundesebene von 4 auf 5 Jahre zu erhöhen.

Begründung:

Die außergewöhnlich lange Dauer der Regierungsbildung des 19. Deutschen Bundestages zwischen der Wahl am 24. September 2017 und der Vereidigung unserer Bundeskanzlerin am 14. März 2018 – nämlich 171 Tage – zeigt, dass die tatsächlich zur Verfügung stehende Zeit unseres Parlamentes nur noch gut 3 ½ Jahre beträgt. Zieht man dann noch die Zeit des Wahlkampfes am Ende der Legislaturperiode ab, verengt sich die Zeit des Wirkens unserer Abgeordneten noch einmal.

In unseren Bundesländern – mit Ausnahme von Bremen – dauern die Legislaturperioden 5 Jahre. Dies wäre auch eine angemessene Zeitspanne für eine Wahlperiode auf Bundesebene.

Antrag B 2

Antragsteller: CDA-KV Essen

Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU Fraktion im Rat der Stadt Essen wird gebeten sich dafür einzusetzen,

- **dass zwischen dem Land NRW und der Stadt Essen gemäß der Landesbauordnung eine Zielvereinbarung zum Bau von rollstuhlgerechtem Wohnraum getroffen wird.**
- **dass der geplante Landesaktionstag „Wohnungen fürs Leben“ in Essen stattfindet.**

Begründung:
Ggf. mündlich

Antrag B 3

Antragsteller: CDA-KV Essen

Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zuschüsse der Bundesregierung für die Krankenkassenbeiträge an die gesetzlichen Krankenversicherungen für ALG II Empfänger adäquat von derzeit 98,43 EUR sukzessive auf mindestens 259,37 EUR zu erhöhen, da es sich bei der Unterstützung dieser Personengruppe um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die nicht alleine zulasten der gesetzlich-Versicherten ausgetragen werden darf.

Begründung

Derzeit werden nur 98,43 EUR gezahlt an Zuschuss für die genannten Personengruppen ALG II Empfänger seitens der Bundesregierung gezahlt.

Dabei kommt ein IGES-Gutachten zu dem Schluss, dass eine Pauschale in Höhe von 289,20 EUR für die Deckung der Kosten für ALGII-Bezieher erforderlich ist. Die gesetzlichen Krankenkassen könnten mit einem Betrag in Höhe von 259,37 EUR eine Deckung erreichen, da dieser den durchschnittlichen Ausgaben der GKV-Versicherten entspricht. Ein Ist-Kostenausgleich ist dem M-RSA (Morbi-Risikostrukturausgleich) wesensfremd, und daher wird aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ein Betrag von 259,37 EUR in die politische Diskussion eingebracht. Derzeit werden die Versicherten komplett alleine mit dieser Unterfinanzierung belastet.

Antrag B 4

Antragsteller: CDU Ortsverbände Margarethenhöhe und Haarzopf/ Fulerum

Hier: Versorgung des Essener Stadtgebietes mit öffentlichen Toiletten

Im Rahmen der Haushaltssicherung wurden die von der Stadt Essen betriebenen öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtgebiet mit Ratsbeschluss vom 08.12.1993 zum 31.12.1994 geschlossen.

Die CDU Ortsverbänd Margarethenhöhe und Haarzopf/ Fulerum sehen die Stadt in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger mit einem ausreichenden Angebot an öffentlichen Toiletten zu versorgen. Dies ist sowohl aus menschlichen als auch aus hygienischen Gründen geboten. „Wilde Toiletten“, die dann entstehen, sind nicht hinnehmbar. Insbesondere in den Bereichen, wo sich viele Menschen aufhalten, an Hauptausflugspunkten, Radwegen, Grünanlagen etc., ist das von großer Bedeutung.

Die CDU Ortsverbände Margarethenhöhe und Haarzopf/ Fulerum beantragen, der Kreisparteitag der CDU möge beschließen:

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Essen wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in einem absehbaren Zeitraum öffentliche Toiletten im Essener Stadtgebiet aufgestellt werden.

Antrag B5

Antragsteller: Arbeitskreis Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung

Der CDU Kreisparteitag möge beschliessen:

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit in unserer Stadt. Mit Beschluss des Leitetrags „Sichere Stadt Essen“ hat der 127. Kreisparteitag der CDU Essen dies bekräftigt. Der Arbeitskreis „Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung“ hat die Aufgabe, die diesbezügliche thematische Ausrichtung der CDU Essen fortzuentwickeln und die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse zu begleiten. Sowohl die Bundesregierung wie auch die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen haben bereits einige entscheidende Punkte zur Verbesserung der inneren Sicherheit auf den Weg gebracht. Insbesondere sind hier die Stärkung der Bundes- und Landespolizei durch Einstellung von mehr Kommissaranwärtern, das „Sicherheitspaket I“ sowie die nun konsequent angewandte „Null Toleranz Strategie“ zu nennen. Dies erkennen wir ebenso an, wie die Stärkung des Themas auf kommunaler Ebene durch personelle Aufstockung des gemeinsamen Streifendienstes aus Polizei und Ordnungsamt sowie den Erlass einer neuen ordnungsbehördlichen Verordnung.

In Fortentwicklung dessen fordern wir:

- **Mehr Polizeikräfte für Essen**

Ob Clankriminalität oder die zunehmende Anzahl von Tumultdelikten; die besonderen polizeilichen Herausforderungen machen eine weitere Stärkung der Kräfte in unserer Stadt notwendig. Daher sprechen wir uns für eine weitere Steigerung der Einstellungszahlen von Kommissaranwärtern und Verwaltungsassistenten aus. Die beabsichtigte Öffnung des Polizeidienstes für Interessenten mit Fachoberschulreife begrüßen und unterstützen wir. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Essen schnellstmöglich ein neues Trainingszentrum der Polizei – mit funktionsfähigem Schießstand – entsteht.

- **Fortentwicklung der Doppelstreife**

Wir setzen uns für die weitere Stärkung des Erfolgsmodells Doppelstreife ein. Wir haben das Ziel, einen kommunalen Ordnungsdienst aufzubauen, der rund um die Uhr im Einsatz sein kann. Für die kommenden Haushaltsberatungen sprechen wir uns zunächst für eine Verdopplung der Zahl der städtischen Mitarbeiter aus. Die zusätzliche Unterstützung des Ordnungsdienstes durch Mitarbeiter der städtischen Gesellschaft RGE (Reinigungsgesellschaft Essen) begrüßen wir ausdrücklich.

- **Videobeobachtung ausbauen**

Der Einsatz von polizeilicher Videobeobachtung am Rheinischen Platz ist erfolgreich. Wir begrüßen daher die neuen landesgesetzlichen Regelungen, die Videobeobachtung künftig erleichtern werden. Wir setzen uns für deren Einsatz an weiteren Standorten im Stadtgebiet ein. Neben dem Bahnhofsumfeld könnten hier Bereiche der nördlichen Innenstadt sowie die Ecke Altendorfer Str. / Helenenstr. in Betracht kommen.

- **Druck auf kriminelle Clans hoch halten**

Das koordinierte Vorgehen von Polizei und Ordnungsbehörden gegen kriminelle Clans und deren Geschäftsgrundlagen begrüßen wir ausdrücklich. Es darf in unserer Stadt keine rechtsfreien Räume geben. Der Druck darf nicht nachlassen.

- **Konsequent gegen Verwahrlosung und Vermüllung**

Angsträume und verwahrloste Quartiere dürfen erst gar nicht entstehen. Wir begrüßen den 10-Punkte Plan des Oberbürgermeisters für mehr Sauberkeit und setzen uns für dessen konsequente Umsetzung ein. Die verstärkte Präsenz von Parkwächtern ist ebenso richtig, wie der Einsatz von Müllermittlern. Weiterhin begrüßen wir das konsequente Vorgehen der Ordnungsbehörden gegen sogenannte „Schrottimmobilien“ und setzen uns für eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein, sodass die Stadt derartige Objekte leichter erwerben und dann abreißen lassen kann.

Anlage: „10 Punkte Plan“

Aktionsplan Sauberkeit
10 Punkte zur Verbesserung der Sauberkeit im Essener Stadtgebiet

I. Säule (Wahrnehmen, Erkennen und Aufklären)

1. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit

a. Zur besseren Wahrnehmung für die Bürgerinnen und Bürger werden wir die Kommunikations- und Marketingstrategie zum Thema Sauberkeit neu aufstellen. Dazu gehört ein Relaunch der bestehenden „Pico-bello“-Kampagne mit der Entwicklung eines neuen Namens und eines neuen Auftritts. Darüber hinaus soll die Präsenz auf der städtischen Homepage (www.essen.de) verbessert werden. Damit wollen wir es den Nutzerinnen und Nutzern erleichtern, alle wichtigen Informationen (wie z.B. Kontaktadressen, Termine und Öffnungszeiten) zum Thema „Verbesserung der Sauberkeit“ zu erhalten und passende Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem werden aufklärende Marketingmaßnahmen entwickelt und durchgeführt.

Überarbeitung der Marketingstrategie (Neugestaltung der städtischen „Pico-bello“-Kampagne)

b. Wir wollen gezielter mittels präventiver Aufklärungsmaßnahmen und Gespräche Vermieter und Mieter sogenannter „Problem-Immobilien“ erreichen und um Verständnis und Mithilfe werben. Verstärkt werden wir bei Familien mit Zuwanderungsgeschichte, die neu in unserer Stadt sind, u. a. über die Wichtigkeit der Mülltrennung informieren. Darüber hinaus können Kitas, Schulen und Vereine viel zur Aufklärung beitragen. Denn insbesondere in frühen Jahren werden die Haltung und das Bewusstsein von Kindern zum Thema Abfallvermeidung und Sauberkeit gelegt. Hierzu werden wir entsprechende Konzepte zur Umsetzung entwickeln und dabei auch die sozialen Netzwerke nutzen.

Entwicklung von „aufklärenden“ Maßnahmen

c. Das Thema Sauberkeit ist eine nachhaltige und gesamtstädtische Aufgabe, die nur gemeinsam zu bewältigen ist. Deshalb soll es vermehrt im öffentlichen Raum stattfinden. Zusammen mit unseren jungen Studierenden sowie Auszubildenden des InOffice Essen werden wir kreative und innovative Projekte entwickeln wie das Thema Sauberkeit bei Stadtteil- und Bürgerfesten, Kita-, Schul-, Sport- und Vereinsveranstaltungen oder auch Aktionen mit anderen Essener Unternehmen bewusster gemacht werden kann.

Projekte zum Thema Sauberkeit – zusammen mit Studierenden sowie Auszubildenden von InOffice Essen

2. Erweiterung der „Melder-Kette“

Die im Außendienst befindlichen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden - im Rahmen ihrer Tätigkeit – mit einer zusätzlichen Aufgabe betraut. Beim Begehen, Prüfen und Abfahren der Straßen im Essener Stadtgebiet sollen künftig Auffälligkeiten oder unsaubere Straßenabschnitte durch sie aufgenommen und gemeldet werden.

Einführung eines einfachen Meldesystems für alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Außendienst tätig sind

3. Einführung eines „Mängelmelders“ und einer gemeinsamen Software für alle Beteiligten

Das bestehende Datenintegrationsprogramm an der Beschwerdeline soll überarbeitet und optimiert werden, damit Bürgerinnen und Bürger künftig Hinweise und Anregungen komfortabel und mit aussagekräftigen Informationen, wie Fotos und genauer Standortpositionen per Melde-App an die zuständigen Stellen weiterleiten können. Eine Vereinheitlichung und Zusammenführung aller bisher vorhandenen städtischen Melder-Systeme wird angestrebt. Erstellung einer neuen App „Mängelmelder“

4. Personelle Ausweitung der Hotline

Die bestehende und bereits bekannte „Pico-bello“-Hotline (Telefon: 88-88 888) wird um weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Aufnahme der eingehenden Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Sauberkeit aufgestockt. Wiederbelebung und Weiterentwicklung der Beschwerde-Hotline

II. Säule (Abholung und Pflege)

5. Erhöhung der Anzahl der Abfallbehälter und Optimierung der Annahmestellen

Die EBE hat den Auftrag erhalten, ein entsprechendes Konzept zur Erhöhung der Anzahl der Abfallbehälter und Optimierung der Annahmestellen zu erstellen. Die Zuständigkeiten zur Leerung von Müllbehältern, u. a. in Grünanlagen, werden in diesem Zusammenhang überprüft und optimiert.

Mehr Abfallbehälter in besonders frequentierten Bereichen und nutzerfreundlicheres Annahmesystem

6. Mobile Einsatzgruppe

Die Einrichtung einer mobilen Einsatzgruppe ermöglicht ein schnelles und flexibles Handeln vor allem in Bezug auf sogenannte „wilde Müllkippen“.

Eine solche mobile Einsatzgruppe wird ab Oktober direkt bei der EBE angesiedelt. Darüber hinaus wird auf Seiten der Stadt ebenfalls ein Mitarbeiterpool eingerichtet, der – ergänzt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (u. a. mit der EABG) – schnell und effektiv Abhilfe und Pflege in Grünanlagen schaffen kann.

Fachbereich 67 wird – gemeinsam mit dem Kooperationspartner EABG – ab September für zunächst sechs Monate eine Arbeitsgruppe aus fünf Mitarbeitern einrichten, die vornehmlich für Sondereinsätze und ad-hoc-Maßnahmen in den Bezirken I, VII und VIII eingesetzt werden soll.

Einrichtung eines schnell abrufbaren Teams zur Müllbeseitigung

7. Entwicklung eines Konzeptes zur Installation eines Quartiershausmeisters

Sogenannte Quartiershausmeister sollen ehrenamtlich im Rahmen ihrer Tätigkeit als zentrale Ansprechpartner in „ihrem“ Stadtteil eingesetzt werden. Aufklärung betreiben, Missstände ansprechen und als weiterer „Melder“ zu informieren, gehören zu den zusätzlichen Aufgaben. Weitere Kooperationen mit beispielsweise der Jugendgerichtshilfe und den Einsatz von Jugendlichen, die Sozialstunden leisten, sind möglich.

Auch werden wir perspektivisch zunehmend auf weitere Akteure

(Verwaltungsbeauftragte, Vereine, Verbände oder ehrenamtliche Ansprechpartner im Stadtteil) zugehen und diese – entsprechend vorhandener Strukturen – dafür gewinnen, das Thema Sauberkeit mit zu begleiten.

Umsetzung des Konzeptes eines ehrenamtlichen Quartiershausmeisters in besonders betroffenen Stadtteilen

8. Erhöhung der Reinigungsintervalle der Depot-Containerstandorte

Wir wollen die Frequenz der Reinigungsintervalle (Anzahl der Abfahrten) an den Containerstandorten erhöhen. Hierbei erfahren die im Stadtgebiet häufig vermüllten Standorte eine besondere Aufmerksamkeit.

Erhöhte Anzahl der Abfahrten illegaler Müllablagerungen an

Containerstandorten und ggf. Anhebung der Leerungsintervalle für Container

9. Einrichtung eines runden Tisches mit wichtigen Akteuren im Essener Stadtgebiet

Da nicht nur städtische Grundstücke, Wege und Plätze verunreinigt werden, sind vor allem auch fremde, nicht-städtische Flächen, auf die wir keinen direkten „Zugriff“ haben, mit einzubeziehen. Unser Ziel ist eine bessere Koordinierung von möglichen Maßnahmen auf Grundstücken mit unterschiedlichen Eigentümern oder mit Gewerbebetrieben. Zu diesem Zweck werden wir einen Runden Tisch (z.B. mit StraßenNRW, Deutsche Bahn, Emschergenossenschaft, Ruhrverband, Regionalverband Ruhr, usw.) einsetzen.

Verbesserte und schnellere Absprachen zwischen den für das Thema Sauberkeit zuständigen Akteuren

III. Säule (Erfassen, Kontrollieren und Bestrafen)

10. Verschärfung der ordnungsrechtlichen Komponente

a. Zentrale Erfassung von wilden Müllkippen

Bekannte illegale Müll-Ablagerungsstandorte werden einer intensiven Erfassung und Überwachung unterliegen, auch und insbesondere nach 16:00 Uhr und in den Abendzeiten. Hier werden konkrete und verbindliche Absprachen zwischen dem Ordnungsamt und der Polizei erfolgen.

Identifikation und regelmäßige Überwachung von bekannten Problemstandorten

b. Einsatz von Mülldetektiven

Im Rahmen der mobilen Einsatzgruppe werden wir unser Personal dahingehend schulen, dass Möglichkeiten der Verursacherermittlung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten besser und restriktiver ausgeschöpft werden können.

Bessere Nachverfolgung von Müllsündern

c. Erhöhung von Bußgeldern für „Müllverstöße“

Verstöße gegen das bestehende Regelwerk werden wir noch härter bestrafen.

Zu diesem Zweck werden wir den nordrhein-westfälischen Bußgeldkatalog vollumfänglich ausschöpfen.

Konsequenter Anwendung des NRW-Bußgeldkatalogs

Antrag B 6

Antragssteller: KPV Essen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Mobilität für Essen - ein Gesamtkonzept der CDU Essen

1. Was wollen wir tun?

Die Debatte um die Abgasbelastung in unseren Städten ist seit Monaten Dauerthema in den Medien; Staus, Wartezeiten und Verspätungen sind Teil der täglichen Lebenserfahrung der Menschen in unserer Stadt. Es ist nicht einfach, bequem oder gar umweltfreundlich in Essen mobil zu sein, und doch ist es für die meisten von uns eine Notwendigkeit.

Verschiedene Vorstöße und Initiativen wurden vor allem aus der nationalen Abgas-Debatte heraus gestartet, und nach einem kurzen Gastspiel der Idee des ‚kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs‘ ist Essen nun zur „LEAD-City“ ernannt worden. Die Stadt Essen soll dabei gemeinsam mit dem Bund und den Ländern ein "Sofortprogramm saubere Luft" kurzfristig erarbeiten und modellhaft umsetzen. Messstellen müssen allerdings dachgerecht positioniert sein.

Doch einzelne Maßnahmen alleine werden das Problem nicht wirklich lösen können, es bedarf eines Gesamtkonzepts für die Mobilität in unserer Stadt.

Die Infrastruktur des Ruhrgebiets wurde primär für den Autoverkehr ausgelegt, allerdings reicht die Kapazität unserer Straßen schon lange nicht mehr aus, und trotz moderner Motoren- und Abgasreinigungstechnologien sind die Schadstoffwerte stellenweise zu hoch.

Anders als politische Mitbewerber sind wir allerdings gegen neue Restriktionen für den Individualverkehr. Wir wollen möglichst keine weiteren Einschränkungen wie Wegfall von Fahrspuren, zusätzliche Tempolimits oder Wegnahme von Parkplätzen, die den Leidensdruck für die Autofahrer weiter erhöhen. Das ist aber auch gar nicht nötig – denn niemand stellt sich gerne morgens oder nachmittags in den Stau. Was wir brauchen, ist eine bessere Vernetzung aller Verkehrsträger und bessere Angebote, die es ermöglichen freiwillig auf das Auto zu verzichten.

Themen wie die Steigerung der Attraktivität unseres ÖPNVs oder der Voraussetzung zur Nutzung alternativer Verkehrsmittel, wie z.B. dem Fahrrad, müssen genauso geprüft werden wie die Schaffung der Voraussetzungen zur Nutzung neuer oder möglicher zukünftiger Technologien. Vor allem müssen aber all diese Mobilitätsmöglichkeiten sinnvoll miteinander vernetzt werden.

Ziel dabei soll es sein, es möglichst einfach, schnell, günstig und umweltfreundlich zu machen, in Essen und im Ruhrgebiet von A nach B zu kommen.

Für die Politik in Essen sehen wir dafür folgende Handlungsfelder:

- ÖPNV
- Fahrrad

- Vernetzung (und Vereinfachung)
- Offenheit für zukünftige Technologien (in Essen ausprobieren -Vorreiter sein)

2. ÖPNV

Sollen mehr Menschen vom eigenen Auto in Bus und Bahn umsteigen, müssen diese zuverlässiger und pünktlicher werden, sicher und komfortabel sein sowie einfach in der Nutzung.

Kreisvorstand und Antragssteller werden gemeinsam an dieser Stelle noch einen Absatz zum Thema „Bürgerbusse“ formulieren und einfügen.

Zuverlässig und pünktlich

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) besteht in Essen aus U-Bahn (Stadtbahn), Straßenbahn und Bussen, die vom Essen/Mülheimer Verkehrsunternehmen Ruhrbahn betrieben werden.

Die Voraussetzungen für den reibungslosen Betrieb ihrer Verkehrsmittel sind für die Ruhrbahn dabei nicht optimal, da es z.B. kaum unabhängigen Gleiskörper für die Straßenbahnen gibt. Sie fahren im PKW-Verkehr mit und stehen da auch mit im Stau. Darüber hinaus stellt auch die Beschaffenheit vieler Straßen und Kreuzungen in Essen den Betrieb und die Pünktlichkeit von Bussen und Bahnen vor besondere Herausforderungen, haben wir doch durch Enge und kurvige Stellen einige Engpässe, manchmal reicht dafür auch schon ein Linksabbieger „Linksabbieger sind tödlich“, so die Ruhrbahn „jeder will noch schnell vor dem Bus reinhuschen“.

Für einen reibungslosen Bus- und Schienenverkehr bräuchten wir also Busspuren und Schienen neben der Straße, wofür in Essen aber meist kein Platz ist. Zumindest was die Busspuren angeht, wollen wir aber die Anwendbarkeit neuer Modelle prüfen lassen, wie z.B. flexible Busspuren, die durch elektronische Verkehrszeichen mal Busspur, mal normale Fahrspur für alle sind. Dies erscheint vor allem auf Verbindungsstrecken zwischen Park & Ride-Parkplätzen und dem Zentrum sinnvoll, allerdings sollte eine Einschränkung des PKW-Verkehrs dabei soweit wie möglich vermieden werden.

Neben der Infrastruktur sind natürlich auch andere Faktoren wichtig für die Zuverlässigkeit des ÖPNV. Dazu gehören gute Abläufe und Prozesse bei der Ruhrbahn, aber auch ihre Ausstattung mit ausreichend Personal und genügend Fahrzeugen, die möglichst wenig Wartung nötig haben.

Sicher und komfortabel

Wer mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fährt, muss sich dabei auch sicher fühlen können, und jede weitere Geschichte über Gewalttaten oder Diebstähle schreckt potentielle ÖPNV-Nutzer ab. Stadt und Ruhrbahn müssen also gut zusammenarbeiten, um eine hohe Sicherheit in und um Haltestellen, Bussen und Bahnen zu gewährleisten. Mittel wie der Einsatz von Sicherheitspersonal und Videoüberwachung, aber auch eine ausreichende Beleuchtung von Haltestellen können die objektive Sicherheit, aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste erhöhen.

Komfortabel reist es sich nur in Verkehrsmitteln, die sauber und nicht überfüllt sind. Für beides sind ausreichend Personal und Fahrzeuge nötig, aber auch kleine Maßnahmen, wie

die Möglichkeit Verschmutzungen unkompliziert (z.B. per App) zu melden, können schon einiges bewirken.

Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, wie z.B. im Rollstuhl, mit Kinderwagen, schweren Koffern oder Rollator können schon eine Treppe oder ein defekter Fahrstuhl das Ende ihrer Fahrt mit dem ÖPNV bedeuten. Auf die Barrierefreiheit wurde in der Entstehungszeit unserer Bahnhöfe und Haltestellen meist nicht geachtet, was es in einigen Fällen sehr aufwändig macht, sie überall herzustellen. Die nötigen Umbaumaßnahmen sind im Gange, und der Anspruch ist, den gesamten ÖPNV in Essen barrierefrei nutzen zu können.

Es reicht aber nicht, dass die nötige Infrastruktur (wie Fahrstühle) da ist, sie muss auch funktionieren. Auch hier ist also die Möglichkeit wichtig, z.B. per App Defekte schnell und einfach zu melden, damit zügig Abhilfe geschafft werden kann.

Zu einem komfortablen und attraktiven ÖPNV gehört auch ein zuverlässiges Angebot in den Randzeiten und am Wochenende.

Einfach in der Nutzung

Generell sollte die Nutzung des ÖPNV so einfach sein, dass auch Gelegenheitsfahrer gerne und problemfrei eine Fahrkarte kaufen.

Am besten geht das mit einer integrierten App für das Smartphone, auf die im Kapitel „Vernetzung“ eingegangen wird. Aber auch ohne Smartphone muss es einfacher werden, eine Fahrkarte zu kaufen.

Das heutige Tarifsystem unseres Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) erscheint leider unnötig kompliziert (ein Kinderticket wird z.B. in allen Stufen angeboten, kostet aber dasselbe). Hier sollte eine Vereinfachung schon einiges bewirken.

Aber auch die Orientierung in großen Haltestellen, wie dem Hauptbahnhof oder dem Berliner Platz muss durch leicht verständliche Beschilderung optimiert werden.

Denn: wer nicht lange überlegen muss, wie das alles funktioniert, wird sicher häufiger Bus und Bahn seinem Auto oder einem Taxi vorziehen.

3. Fahrrad

Laut Masterplan Verkehr / Programm Lead Cities hat sich die Stadt Essen den Anteil des Radverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen zum Ziel gesetzt, und auch die Bundesregierung will laut aktuellem Koalitionsvertrag den Ausbau des Radwegenetzes in Deutschland durch den Abbau von rechtlichen Restriktionen und auch finanziell fördern.

Das begrüßen wir, denn wer mit nicht nur für eine Tour um den Baldeneysee, sondern auch als Ersatz für eine Autofahrt zum Fahrrad greift, entlastet seinen Geldbeutel und die Umwelt und tut auch noch etwas für die eigene Gesundheit.

Wollen wir die Anzahl solcher Fahrten signifikant erhöhen, muss das Radfahren in unserer Stadt vor allem sicherer werden, auch bei schlechtem Wetter und Dunkelheit. Dafür gibt es noch einiges zu tun, denn unser Straßen- und Wegenetz zum Teil für Fahrradfahrer wenig attraktiv.

Radwegenetz für Essen

Daher streben wir den zügigen und bedarfsgerechten Ausbau eines flächendeckenden

Radwegenetzes für Essen an, das aus einigen Hauptverkehrsachsen als Gerüst, sowie verbindenden Radwegen und Radfahrstreifen an Straßen bestehen soll.

Der Ausbau dieser Wege muss sich an der Wichtigkeit und erwarteten Nutzung in diesem Netz orientieren, wird aber in der Praxis vor allem dadurch bestimmt, wieviel Platz in unserer eng bebauten und gerade im Süden topographisch anspruchsvoll gelegenen Stadt für einen Radweg vorhanden ist.

Generell wollen wir, dort wo möglich und für das Radwegnetz sinnvoll, eigene Trassen für die Hauptverbindungen des Radwegenetzes. Der Radschnellweg 1 (auf einer alten Bahntrasse) ist ein bereits bestehendes Beispiel dafür.

Ist dies nicht möglich, sollte ein Radweg so gut wie möglich vom Autoverkehr getrennt werden, ohne diesen zu beschränken. Dies ist durch alternative Routen, z.B. durch Einbindung von Fahrradstraßen (Nebenstraßen, in denen Fahrräder Vorrang haben) oder durch deutlich sichtbar abgetrennte Fahrradwege am Rande einer Straße möglich (Abtrennung durch Poller oder durch im Notfall überfahrbare 2-5cm hohe Gummilaschen).

Ist auch das, z.B. durch zu viele Einfahrten oder notwendige Parkplätze am Fahrbahnrand nicht möglich, kann ein Radweg am Rand einer Straße farblich abgesetzt markiert werden. Eine Markierung allein bietet den Radfahrern jedoch wenig Sicherheit, und sollte daher die Ausnahme sein. Fahrradwege auf Bürgersteigen (wie z.B. an der Rütterscheider Straße) laden Fußgänger zur Mitbenutzung ein, und sollten daher vermieden werden. Denn: wer mit dem Fahrrad z.B. zur Arbeit fahren will, sollte dies auch in einem zügigen Tempo schaffen können.

Ein zweiter wichtiger Bestandteil eines guten Radwegenetzes ist eine gute und leicht verständliche Markierung und Beschilderung. Hier erscheint ein einheitliches, gut sichtbares Schildersystem sinnvoll, eventuell ergänzt durch farbige Leitstreifen auf dem Radweg, die bestimmte Routen markieren.

Sicherheit

Eine Alltagsnutzung von Radwegen bedeutet auch, dass dort andere Anforderungen für die Sicherheit der Nutzer gelten müssen. Schäden, z.B. Schlaglöcher oder Erhebungen durch darunter liegendes Wurzelwerk, sind ein Sturzrisiko und müssen schnell beseitigt werden. Ein Radweg muss asphaltiert und beleuchtet sein, damit er auch bei Regen und Dunkelheit sicher genutzt werden kann. Durch Beleuchtung und eine möglichst offene Streckenführung werden Angsträume vermieden und das Einbeziehen in den Räumungs- und Winterdienst macht den Weg auch ganzjährig nutzbar. Die Möglichkeit des schnellen und unkomplizierten Meldens von Schäden an Radwegen (z.B. per App an die Stadt) muss weiter bekannt gemacht werden und der Umsetzungsstand an den Einreicher zurückgemeldet werden.

Umsetzung

Anhand der oben beschriebenen Kriterien werden wir das 2010 beschlossene Radwegenetz ergänzen und an einigen Stellen optimieren.

Wir wollen die Mittel für den Radverkehr im städtischen Haushalt in Zukunft deutlich ausweiten, um eine bedarfsgerechte Infrastruktur in Essen bereitstellen zu können.

Für eine erfolgreiche Umsetzung werden auch die Planungskapazitäten für Radwege/-trassen im Rathaus erhöht werden müssen, z.B. durch neue Zuständigkeiten oder auch Neueinstellungen, falls nötig.

4. Vernetzung

Das optimale Verkehrsmittel, um in Essen von A nach B zu kommen, gibt es nicht. Das Auto ist schnell und einfach, aber nur solange es nicht im Stau steht. Die U-Bahn fährt unter dem Stau durch, aber die wenigsten Menschen haben eine U-Bahn-Verbindung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte. Und die Nutzung des Fahrrads hat Nachteile, wenn das Wetter schlecht wird oder man über eine Hauptverkehrsstraße fahren muss.

Es liegt also auf der Hand, dass eine Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger die beste Möglichkeit bieten sollte, in unserer Stadt mobil zu sein. Unser Ziel ist also, schnellen und unkomplizierten Wechsel zu gewährleisten und die Nutzer auf einem für sie optimalen Weg durch die Stadt zu leiten.

PKW

Das Umsteigen vom PKW auf ein anderes Verkehrsmittel bedingt, dass der PKW z.B. an einer Haltestelle abgestellt wird. Um das Umsteigen attraktiv zu machen, schlagen wir ein Park&Ride-Konzept vor. Wir wollen prüfen lassen, wo es in unserer Stadt sinnvoll ist, Parkplätze mit schnellen ÖPNV-Verbindungen ins Zentrum einzurichten. Gerade für Pendler aus anderen Städten erscheint dieses Konzept mit Parkplätzen an den Stadtgrenzen sinnvoll.

Auch der Umstieg auf Leihautos oder Leihfahrräder muss möglichst attraktiv gestaltet werden, hier sollten weitere Abstellflächen möglichst an ÖPNV-Haltestellen liegen und von dort gut gefunden werden. Denn auch eine Hinfahrt mit dem ÖPNV und eine Rückfahrt mit dem (Leih-)auto könnte bei entsprechendem Angebot immer mehr nachgefragt werden, z.B. im Rahmen eines Theaterbesuchs.

Fahrrad

Auch der Umstieg von dem und auf das Fahrrad in andere Verkehrsmittel muss problemlos möglich sein.

Dafür benötigen wir deutlich mehr Fahrradstellplätze, idealerweise Fahrradbügel, an denen ein Rad angeschlossen werden kann. Doch auch dem Trend zu immer hochwertigeren Rädern und hochpreisigen Elektrofahrrädern muss hier Rechnung getragen werden, daher sollten wir auch die Anzahl der abschließbaren und gegen Gebühr vermietbaren Fahrradboxen in Essen ausweiten. Hier sind auch private Anbieter gefragt, die allerdings die Möglichkeit (und vor allem den Platz dafür) bekommen müssen.

Wir begrüßen die Einrichtung von Radstationen, wie die der Diakonie am Kupferdreher Bahnhof oder am Hauptbahnhof, bei denen neben bewachten Fahrradparkplätzen auch Service rund ums Rad angeboten wird.

Wir fordern daher, bestehende Konzepte zum Fahrradparken weiter auszubauen und die Ausweitung auf weitere Standorte zu fördern, und sind generell für deutlich mehr Fahrradparkplätze in Essen, vor allem an Haltestellen der Ruhrbahn oder an Park & Ride-Parkplätzen.

Ein Navigationssystem für alle Verkehrsmittel

Die Alternativen zum Auto werden nur dann wirklich attraktiv, wenn sie auch einfach nutzbar sind. Daher begrüßen die Initiativen und Projekte der Ruhrbahn zur Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel und Entwicklungen einer Navigationsapp „von Tür zu Tür“.

Diese App leitet ihre Nutzer über den gesamten gewünschten Weg, und vergleicht dafür die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel, inklusive Fahrrad und PKW/Taxi. Auch der Fahrkartenkauf sollte möglichst integriert werden. In dem Zusammenhang begrüßen wir die Entwicklung von Systemen, die per Bluetooth automatisch erfassen, wann der Nutzer in den ÖPNV eingestiegen und wann ausgestiegen ist, um den Fahrpreis anhand der dafür günstigsten Fahrkarte zu berechnen. Doch dieser Service darf nicht an der Stadtgrenze enden, daher fordern wir die Verkehrsunternehmen und –verbände auf, ihre Softwarelösungen so miteinander zu vernetzen, dass der Kunde deutschlandweit nur eine App, und nicht pro Stadt eine eigene nutzen muss.

Die Nutzung der Kombination von Fahrten mit Bus, Bahn, Fahrrad, Leihauto, neuen Verkehrsmitteln und der Nutzung von Park & Ride-Parkplätzen muss so einfach planbar sein, wie die Fahrt mit dem eigenen PKW.

Koordination der Mobilitätsaktivitäten in Essen

Ein zentraler städtischer Ansprechpartner für Mobilität in der Verwaltung könnte alle Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV, der Fahrradinfrastruktur und der Vernetzung der Verkehrsträger koordinieren und als Gesamtstrategie vorantreiben.

5. Offenheit für zukünftige Technologien

Die technische Entwicklung führt nicht nur im digitalen Bereich zu völlig neuen Möglichkeiten, auch im Bereich Mobilität wird das immer deutlicher spürbar.

Wir haben den Anspruch, dass unsere Stadt nicht nur ein aufgeschlossenes Umfeld für innovative Entwicklungen bietet, sondern dass neue Technologien und Konzepte auch in Essen entstehen können. Das müssen wir auch bei der Entwicklung unserer Verkehrs-Infrastruktur beachten.

So sollten wir im Umfeld von ÖPNV-Haltestellen wo möglich Platz für mögliche neue Verkehrssysteme oder Konzepte vorsehen, die dann einen Umstieg auf Bus und Bahn ermöglichen. Neue Konzepte wie Sammelbusse sollen in Essen erprobt werden. Für mögliche und z.T. heute schon in der Erprobung befindliche fliegende Technologien sollten Plätze für Landungen in der Stadt und auch für die Stationierung (z.B. auf unserem Flughafen) angedacht werden. Aber auch der heute schon bei der jungen Generation beobachtbare Trend weg vom eigenen Auto und hin zu (elektrisch betriebenen) Leihfahrzeugen oder Leihfahrrädern sollte bei zukünftigen Stellplatzverordnungen oder Nutzungskonzepten für Parkplätze frühzeitig mitgedacht werden.

Restriktionen gegenüber alternativen Konzepten (wie z.B. über als Alternative zum konventionellen Taxi) gehören auf den Prüfstand, auch hier wollen wir den Wettbewerb um die besten Angebote ermöglichen.

Und schließlich wollen wir Essen als Industrie- und Innovationsstandort erhalten und ausbauen. Wie kann das besser gelingen, als durch attraktive Randbedingungen für Bildung, Entwicklung und eine Maßstäbe setzende Mobilität für alle in unserer Stadt.

Seien wir Vorreiter mit der Mobilitätsstadt Essen!